Aus dem Lager der Gegner

Die Hamburger und Amsterdamer auf dem „Kampfplatz".

Von Z. Leder.

** Am 3. und 4. Oktober traten das Internationale Sozialistische Büro (SAJ.) und das Büro des Internationalen Gewerkschaftsbundes in Brüssel abermals zusammen, um zu der internationalen Lage Stellung zu nehmen. Abermals erinnerten sie die Regierungen und die „Völker" an ihr allein heilbringendes Reparationsprogramm, abermals zerrissen sie ihre Gewänder ob der „Unvernunft" der Herrschenden, und in heißem Bemühen suchten sie nach Mitteln und Wegen, um die Menschheit vor dem Fluch der „bösen Tat" (des Ruhreinbruchs), vor dem Chaos, von dem ganz Europa bedroht ist, um den Kapitalismus vor den finanziellen Folgen dieses „schlechten Geschäfts" — vor dem Bankrott — zu retten. Sie haben gefunden! Heureka! sie haben gefunden! Amerika müsse an den Versuchen der Herstellung des Friedens und des finanziellen und ökonomischen Wiederaufbaues der Welt „seinen vollen Anteil" nehmen, Verhandlungen zwischen Deutschland und den alliierten Mächten ohne irgendwelche neuen Bedingungen müssen sofort aufgenommen werden.

Gehen wir diesem Programm auf den Grund, ziehen wir die für die Amsterdamer und Hamburger üblichen Methoden des Parlaments- und Meetingtheaterspiels in Betracht, so wird sich erweisen, daß die von den Reformisten eingeschlagene Linie internationaler Politik, wie immer, die Linie der **liberalen Bourgeoisie** ist und letzten Endes nur die **Interessen gewisser kapitalistischer Cliquen** wahrt. Um dieses klarer zu machen, wollen wir auf die Politik der Hamburger und Amsterdamer in den beiden wichtigsten Ländern — England und Frankreich — eingehen.

Am 6. Oktober hielten das Vereinigte Komitee des Generalrates des Gewerkschaftsbundes und des Vorstandes der Arbeiterpartei in London eine gemeinsame Sitzung ab. In dieser Sitzung beschlossen sie ein Programm zu der internationalen Frage, das in seinen Hauptzügen dem Brüsseler ganz entspricht. Aus der Begründung dieser Entschließung wird aber völlig klar, daß die Linie, die hier verfolgt wird, die der **englischen liberalen Bourgeoisie** ist, die tagtäglich in ihren Organen verfochten wird. Erstens wird die Forderung, die Verwaltung und Kontrolle (?) des Ruhrgebietes und Rheinlandes dem deutschen Volke zu lassen, damit begründet, daß dies „eine politisch und wirtschaftlich unerläßliche Vorbedingung für die Erfüllung irgend eines Reparationsabkommens durch die deutsche Regierung bildet"; zweitens wird darauf hingewiesen, daß die von Poincaré verkündete Zerreißung des Vertrages von 1919 und die Aufstellung eines neuen Abkommens durch Frankreich allein „eine völlige Mißachtung der britischen Interessen" bedeutet; zuletzt wird aber die „dringende Aufforderung" an die Vereinigten Staaten damit begründet, daß man dabei zu einem Abkommen über die interalliierten Schulden gelangen könnte.

An diesen drei Punkten erkennt man leicht, daß das Programm der Hamburger und Amsterdamer tatsächlich die Interessen jenes liberalen Teils der englischen Bourgeoisie vertritt, der der Ruhrbesetzung neun Monate lang „feindlich" gegenüberstand, um nach diesen neun Monaten, da der feindliche Imperialismus sich anschickt, die erwarteten Vorteile aus diesem „schlechten Geschäft" herauszuschlagen, auch seine Ansprüche auf einen Teil der Früchte der „verbrecherischen Operation" geltend zu machen. Vor kurzem hat der „Daily Express" erklärt, daß „die Logik erfordert hätte, daß Großbritannien es als unzulässig betrachtet, Vorteile aus einer widerrechtlichen Aktion zu ziehen". Aber der Führer der Arbeiterpartei, Herr **Ramsay Macdonald**, hob in seiner Rede auf dem Bankett, das ihm von seiner Partei vor der Abreise nach dem Nahen Osten gegeben wurde, hervor, daß es unzulässig sei, wenn Herr Baldwin die Interessen Großbritanniens denen Frankreichs preisgeben würde. Großbritannien müsse wieder den Platz einnehmen, der ihm bei der Ordnung der europäischen Angelegenheiten gebührt (vgl. „Temps" vom 27. Sept.). Herr **J. H. Thomas**, der neben seinen mannigfaltigen hohen Würden in der englischen Arbeiterbewegung und der Verwaltung Seiner Königlichen Majestät noch den Vorsitz der Amsterdamer Internationale führt, enthüllte in einer Rede vom 27. September die **konterrevolutionäre** Seite der Politik der Herrschaften. Er sei voll Angst vor der Zukunft, er habe Befürchtungen vor dem kommenden Winter, er habe drüben ein wüstes Durcheinander gesehen. Er möchte die Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit am besten gestaltet sehen. Er möchte Streiks und Konflikte vermeiden. Aber — er sehe, daß wir einer Krise entgegengehen (vgl. „Daily Herald" vom 28. Sept.).

Es ist klar, daß den Herrschaften das Feuer auf den Nägeln brennt. Zeugen doch die Ausweise der Arbeitslosenämter von der Zunahme der Arbeitslosigkeit von Woche zu Woche, werden doch die Massen der Arbeitslosen, die vor einem Winter voller Entbehrungen und Leid stehen, immer ungestümer! Und ähnlicher Weise gestaltet sich die Lage in **Frankreich**. Auch dort wollen die Massen aus der CGT. eine Kampagne unter der Arbeiterschaft für die Wiederaufnahme der Verbindungen mit Deutschland einleiten, weil sie fühlen, daß die Stimmungen der französischen Arbeiterschaft immer revolutionärer werden und sich gegen die französische Bourgeoisie auswirken könnten. Für den Notfall hat schon der ehemalige „Kommunist" — gegenwärtig Vormund der Frossard- und Jouhaux-Leute —, **Henri Fabre**, angekündigt, daß er zur Verteidigung Frankreichs von Poincaré das **Gewehr ergreifen werde**. Aber weder mit einem liberalen Programm, das der City oder der Wall Street vielleicht genehm ist, von dem aber die **ausschlaggebenden** imperialistischen Cliquen nichts wissen wollen, noch mit konterrevolutionärer kleinbürgerlicher Hoffnung, mit Angst, Warnungen, Beschwörungen und „patriotischen Lügenphrasen" werden sie imstande sein, dem wirklich auf der Tagesordnung internationaler Politik stehenden Problem auszuweichen, es zu umgehen, ihm zu entrinnen. Das Problem heißt: **Internationale Diktatur des imperialistischen Kapitals** — wenn auch hier und da unter der Maske des Faschismus — oder **Diktatur des Proletariats**. Die erste Antwort auf dieses Problem, der nächste Akt der sich abspielenden Welttragödie, wird aber heißen: **deutsche Revolution**. Mit der praktischen Stellungnahme zur deutschen Revolution wird das **Urteil über die Amsterdamer und Hamburger gesprochen werden.**

Aufrufe

Ein Aufruf der KPD. aus Anlaß der Regierungsumbildung in Sachsen.

An die Partei!

Parteigenossen!

** Die Zentrale hat dem Eintritt dreier ihrer Mitglieder, der Genossen Böttcher, Brandler und Heckert in die sächsische Regierung zugestimmt. Die werktätige Bevölkerung steht einem geschlossenen Block des Großkapitals, des Großgrundbesitzes und der monarchistischen Generale gegenüber. Die großkapitalistisch-militärische Diktatur zur blutigen Niederknüppelung der Arbeiterklasse ist auf dem Marsche.

Die kommunistischen Mitglieder der sächsischen Regierung sind von der Partei beauftragt, die energische Abwehr der Arbeiterklasse gegen die drohenden schwersten Gefahren auf breitester Grundlage zusammen mit den sozialdemokratischen Regierungsmitgliedern zu organisieren und zu leiten.

Die kommunistischen Vertreter dieser Regierung stehen unter ständiger Leitung und Kontrolle der Partei. Der Eintritt unserer Parteigenossen in die sächsische Regierung ist nicht das Ergebnis eines gewöhnlichen parlamentarischen Schachergeschäftes. Er entspricht dem geschlossenen Willen der werktätigen Massen, dem Angriff des Großkapitals durch eine geschlossene proletarische Kampffront zu begegnen.

Für die Partei muß dieses Ergebnis ein Ansporn sein, um im ganzen Reich die breiteste proletarische Kampffront zu verwirklichen und die Massenabwehr der Arbeiterklasse zu organisieren.

Die Regierung der proletarischen Verteidigung in Sachsen ist ein Signal für die gesamte deutsche Arbeiterklasse. Sie bedarf der Unterstützung der Arbeiterklasse ganz Deutschlands.

Der in Sachsen zuerst unternommene Versuch, mit den linken Sozialdemokraten in der Stunde schwerster Gefahr eine gemeinsame Regierung zu bilden, und die proletarische Abwehr zu organisieren, wird erfolgreich sein, wenn ihre Partei die Arbeiterschaft im ganzen Reiche mobilisiert, sie als kämpfende proletarische Einheitsfront dem Klassenfeind entgegenzustellen.

Berlin, den 10. Oktober 1923.

Zentrale der KPD.
Sektion der Kommunistischen Internationale.

An unsere Leser in Deutschland.

Für die Woche von 15. bis 20. Oktober beträgt die Bezugsgebühr der „Internationalen Presse-Korrespondenz"
für die Wochenausgabe . . . . . 50 Millionen Mark
für die dreimal wöchentlich erscheinende Ausgabe . . . . 60 Millionen Mark

Unsere Bezieher werden gebeten, diesen Betrag mittels beiliegender Zahlkarte im voraus zu entrichten.

Die Geschäftsleitung der Inprekorr.

Gedruckt in der Friedrichstadt-Druckerei, GmbH., Berlin SW. 48.